

## Das Allernormalste

Nein, es ist nicht die Hölle hier; im Büro sind Fotos aufgehängt, die den Arbeitsplatz freundlicher machen, die Freiheitsstatue, die Golden Gate-Bridge, der Eiffelturm, die farbenfrohe Basilius-Kathedrale am Rand des Roten Platzes in Moskau, Bilder wie aus Reiseprospekten von Kuoni. Nebenan leben Jenische in Wohnwagen, sagt der Stellvertretende Leiter des Nothilfezentrums, manchmal erzählen die uns Dinge, die wir gar nicht wissen wollen; wir wissen oft gar nicht so viel über die Bewohner hier, deren Fotos an der Wand hängen, mit verschiedenen farbigen Magneten befestigt. Zwei Leute haben Hausverbot, ein Besucher, ein Gewalttäter, 2001 war er ganz jung und anständig, sagt der Stellvertretende Leiter, heute ist er ganz kaputt, es wird gezielt darauf hin gearbeitet, dass die Leute es möglichst schwer haben.

In einem Regal ist Notnahrung für Leute, die aus dem Gefängnis kommen, alles M-Budget, Spaghetti, Reis, Pelati, Thon. Alles ist funktional, praktisch, übersichtlich geordnet, das Spielzimmer, die Bibliothek, die Kleiderboutique, der Putzraum, die Waschküche. Und stets wird sauberlich notiert, wer was bekommen hat, nicht dass einer auf die Idee kommt, den H&M-Pulli etwa zu Geld zu machen.

Doch auch abgewiesene AsylbewerberInnen sind KlientInnen. Wie in jedem Betrieb wird nämlich auch hier die «Klientenzufriedenheit» ermittelt, von 90 Klienten sind etwa 60 zufrieden bis sehr zufrieden, allerdings, schränkt der Leiter ein, sei die Umfrage mässig aussagekräftig, werde sie doch von ihnen selber durchgeführt...

Put your shoes on, ruft er einem jungen Mann zu, der barfuss durch den Schnee läuft.

Er habe keine Angst, nie, sagte der 27-Jährige; er spricht schweizerdeutsch mit starkem Akzent, aber von seinem Wortschatz könnte sich mancher Muttersprachler was abschneiden, denke ich, ein wenig irritiert von der gespannten Neugier, mit der der junge Mann mich befragt nach Sinn und Zweck meines Besuchs im Nothilfezentrum - als wäre ich das Zootier hier und nicht er. Und natürlich hat er Recht, in der winzigen Enklave der abgewiesenen AsylbewerberInnen bin ich die zweifelhafte Fremde, die sich zuvor beim kantonalen Sozialamt eine Besucherlaubnis beschaffen musste und jetzt kaum einen Schritt ohne Begleitung der Lagerleitung machen darf. Es ist kalter Winter draussen, und es ist feuchtwarm in der Containersiedlung, alle Heizungen voll aufgedreht. Mit siebzehn kam David, der nicht so heisst, aus Angola in die Schweiz, alleine,



**Solidarité  
sans  
frontières**

**BULLETIN  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**NR. 1, MÄRZ 2011**

**WWW.SOSF.CH**



**Die Bilder dieser Ausgabe zeigen einen bunten Querschnitt durch das vielseitige Engagement während der 2xNEIN-Kampagne gegen die Ausschaffungsinitiative und den Gegenvorschlag. Dieses Bild entstand in Schaffhausen.**

sagt er, der Vater war gestorben, wo die Mutter heute ist, ob sie noch lebt, weiss er nicht. Was ihn so frei macht, so frei von jeder Angst, ist die Tatsache, dass er ausser dem Leben selbst nichts zu verlieren hat. Und sein Glaube, die Überzeugung, dass es eine Zukunft für ihn gibt. Irgendwann wird irgendetwas geschehen, das ihm hier in der Schweiz eine Zukunft schenkt, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Gegen diesen Glauben, diese Überzeugung sind alle Indizien machtlos, der negative Asylentscheid, die 18 Monate Ausschaffungshaft, die Tatsache, dass er seit sieben Jahren vergeblich hofft. Nie habe ich in kurzer Zeit so viele Menschen gesehen, die an das höchst Unwahrscheinliche glauben, an das Allernormalste also, daran, dass sie eine Chance bekommen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen.

Ruth Schweikert, Schriftstellerin

**Kampagne**  
Gegen das Nothilferegime

**Seite 2-3**

**Members only**  
Asylpolitik in Dänemark

**Seite 4**

**Dossier**  
2xNein – Rückblick auf  
die Abstimmungskampagne

**Seite 5-8**

DIE ORGANISIERTE HOFFNUNGSLOSIGKEIT DURCHBRECHEN

# Gemeinsame Nothilfe-Kampagne

*Mit der seit Anfang Februar laufenden gemeinsamen Kampagne fordern Amnesty International, Solidarité sans frontières, die Schweizerische Flüchtlingshilfe und die Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht eine Abkehr vom Nothilfe-Regime*

Wer in Not gerät, hat Anspruch auf die Mittel, die «für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind». Das verspricht die Bundesverfassung in Artikel 12. Seit der Verschärfung des Asylgesetzes und der Ausweitung des Sozialhilfestopps von 2008 ist aus diesem Grundrecht ein Mittel zur Zermürbung abgewiesener Asylsuchender geworden. Im Nothilfe-Regime zu überleben bedeutet für sie extreme soziale Isolation, gezielte Schikane, menschenunwürdige Behandlung und ein Dahinvegetieren in künstlich geschaffenem Elend. Wer diese «Hilfe» erhält, steht zudem mit einem Fuss im Knast: in der Ausschaffungshaft, die jederzeit verhängt werden kann, oder in der Strafhaft, denn den aus dem Asylsystem Ausgesteuerten drohen ständig Bussen wegen «illegalem Aufenthalt», die sie nicht bezahlen können und daher absitzen müssen. Die gemeinsame Kampagne fordert nun eine radikale Abkehr vom gescheiterten Nothilfe-Regime.

## Das Informationsloch stopfen

Die Kampagne zielt in erster Linie auf Information. Bei einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung treffen wir auf falsche Bilder und Pauschalmeinungen wie «Abgewiesene Asylsuchende leben herrschaftlich auf Kosten des Steuerzahlers!» Sie müssen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit widerlegt werden. SchweizerInnen sollen deshalb über die Kampagne die hoffnungslose Situation von Nothilfe-EmpfängerInnen in der Schweiz kennen- und besser verstehen lernen. Bis Juni werden Unterschriften für eine Petition an Bundesrätin Simonetta Sommaruga und die RegierungsrätInnen der Kantone gesammelt, mit deren Einreichung die Kampagne – vorerst – abgeschlossen wird.

## Vier Schwerpunktkantone

Die meisten Aktionen der Kampagne finden in einem der vier Kantone Bern, Waadt, Graubünden und Zürich statt. An diese Kantone werden detaillierte konkrete Forderungen gestellt, da das Nothilfe-Regime kantonal stark variierende Missstände aufweist: Während der Kanton Zürich beispielsweise mit der ausschliesslichen Abgabe von Migros-Gutscheinen verheerende Zustände kreiert, steht im Kanton Graubünden vor allem die Trennung von Familien am Pranger.

## Container, Tampons und Hörnli

Die Palette der Aktionen ist breit. Beispielsweise wurde in der zweiten Februarwoche auf dem Stauffacherplatz in Zürich ein Container aufgestellt, der die unmenschliche Wohn- und Lebenssituation der NothilfebezügerInnen veranschaulichen und mediales Interesse wecken sollte. Im Innern des Containers gab es verschiedene Veranstaltungen, um ihn herum fanden weitere Aktionen statt. Bereits kurz vor Weihnachten hatte das Solidaritätsnetz Ostschweiz eine solche Container-Aktion mit Erfolg in St.Gallen durchgeführt. In Bern erhielten die ParlamentarierInnen zu Sessionsbeginn eine «Nothilfe-Ration»: Ein Pack Hörnli sollte die Monotonie und Knappheit des täglichen Speiseplans von NothilfeempfängerInnen verdeutlichen. Die ebenfalls verteilten Tampons sollten klar machen, dass es mit 8.50 CHF pro Tag mehr als eng wird für die essenzielle persönliche Hygiene. Eine fotografische Wanderausstellung, Informationsveranstaltungen, die Dokumentation von Einzelfällen, Standaktionen, politische Lobbyarbeit sowie die genannte Petition mit den Hauptforderungen runden die Kampagne ab.

## SO KANN MAN DIE NOTHILFEKAMPAGNE UNTERSTÜTZEN

### Mitmachen!

#### Online-Petition unterzeichnen

Unterzeichne die Online-Petition unter [www.nothilfe-kampagne.ch](http://www.nothilfe-kampagne.ch) und schicke den Link an deine Freunde und Bekannten weiter.

#### Kampagnenmaterial verteilen:

##### • Das Nothilfeset – Wie fühlt sich

##### Nothilfe an ?

Ihr seid eine Gruppe, die gerne etwas Einfaches, aber Konkretes machen will? Dann bestellt das Nothilfe-Set, bestehend aus Augenbinde, Ohrenstöpsel und Mundpflaster. Diese könnt ihr an belebten Orten verteilen. Zur informativen Unterstützung des Sets gibt es die Postkarten.

##### • Postkarte gegen die menschenunwürdige Nothilfe

Die Postkarte informiert die Bevölkerung über unsere Nothilfekampagne und enthält auch die Petition zum Unterschreiben. Postkarte verteilen, die unterschriebenen Exemplare zurück an Solidarité sans frontières, Neuengasse 8, 3011 Bern

Alle Bestellungen bitte an:  
[sekretariat@sosf.ch](mailto:sekretariat@sosf.ch)

#### Infoveranstaltungen besuchen!

Solidarité sans frontières und Amnesty bieten Infoveranstaltungen zum Thema Nothilfe an.

Je nach personeller Verfügbarkeit erzählen dort vom Nothilfe-Regime direkt betroffene Personen von ihren Erfahrungen. Näheres im Veranstaltungskalender unter [www.nothilfe-kampagne.ch](http://www.nothilfe-kampagne.ch).

#### Spenden!

Für die finanzielle Unterstützung der Kampagne Spenden bitte an:  
Solidarité sans frontières  
Vermerk «Nothilfe»  
PC 30-13574-6

Alle Informationen zur laufenden Kampagne unter [www.nothilfe-kampagne.ch](http://www.nothilfe-kampagne.ch)

## Unterschiedliche Brennpunkte

### - Gemeinsames Ziel

Der am 27. Mai 2010 vom Bundesamt für Migration (BFM) veröffentlichte Bericht zur Nothilfe empfiehlt den Kantonen diverse repressive Instrumente, mit denen das Ziel der «freiwilligen Ausreise» der Abgewiesenen doch noch erreicht werden soll. Für die an der Kampagne beteiligten Organisationen ist dies ein erneuter Beleg dafür, dass das Nothilferegime gescheitert ist. Die unmenschlichen Bedingungen und das Elend, die der Sozialhilfestopp mit sich bringt, sind offensichtlich. Aus diesem Grund engagieren sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen seit längerem gegen diese Praxis der Zermürbung. Neu an der Nothilfe-Kampagne ist, dass Organisationen wie Amnesty International und die SFH gemeinsam mit Gruppen wie augenauf Zürich, der Anlaufstelle für Sans-Papiers Bern oder dem Collective Droit-de-rester Lausanne zusammenspannen.

Bei der Ausformulierung des Ziels der Kampagne bringt das gewisse Nuancierungen mit sich. Die von der SFH und Amnesty geforderte «grundsätzliche Überdenkung des Nothilfe-Regimes» kann für die Basisbewegungen und für Solidarité sans frontières nur eine Konsequenz haben: nämlich die «Aufhebung des Sozialhilfestopps für NEE und abgewiesene Asylsuchende». Durchaus einig sind sich die Beteiligten in ihrer fundamentalen Kritik am Nothilfe-Regime, das für die Betroffenen unzumutbar und dessen bürokratische Ziele sich auch nicht durch noch mehr Repression erreichen lassen. Die Hauptforderungen der Kampagne sind ein Kompromiss zwischen den Beteiligten, um für einmal statt vieler kleiner einen grossen Pfeil gegen die Unmenschlichkeit abzuschliessen. ❁

Moreno Casasola



Keine Ausschaffung von Schwangeren!

## Was die Nothilfe-Kampagne fordert

Die Zuständigkeit für die konkrete Umsetzung des Nothilfe-Regimes liegt bei den Kantonen. Dies führt zu einem eigentlichen «Restriktions-Wettrennen», das in den einzelnen Kantonen spezifische, teils absurde Missstände entstehen lässt. Innerhalb der Kampagne werden auf kantonaler Ebene deshalb spezifische Forderungen gestellt, die sich gegen die jeweiligen repressiven Besonderheiten richten. Die grundsätzlichen Forderungen auf nationaler Ebene werden mittels der Petition bei Bundesrätin Sommaruga deponiert. Sie beinhalten folgende sechs Punkte:

- Das menschenverachtende und unwürdige System der Nothilfe darf nicht weiter verschärft, sondern muss grundsätzlich überdacht werden!
- Insbesondere verletzte Personen wie Traumatisierte, Kranke, Schwangere, unbegleitete Minderjährige, Familien mit Kindern und alleinstehende Frauen dürfen nicht aus der Sozialhilfe ausgeschlossen werden!
- Die Kinderrechte wie das Recht auf Schulbesuch oder auf gesunde Ernährung müssen in jedem Fall garantiert werden!
- Gesundheitliche Anliegen müssen von medizinischem Fachpersonal beurteilt werden!
- Die Grundrechte dürfen nicht verletzt werden!
- Anstatt das teure und unwirksame Nothilfesystem auszubauen, müssen Alternativen entwickelt werden!

Leben in der Nothilfe kommt einer Art Beugehaft gleich: Durch pure Schikane sollen die betroffenen Asylsuchenden zur «freiwilligen» Ausreise gezwungen werden. Das einzelne Individuum wird dabei nur noch als wandelnder Ausschaffungsflug wahrgenommen. Der vom BFM im Mai 2010 herausgegebene Bericht des «Büro Vatter» bringt dies deutlich zum Ausdruck, indem er NothilfebezügerInnen beiläufig als Personen bezeichnet, «welche trotz ihres Status noch Lebensprojekte haben ...». Diese distanziert-technische Wahrnehmung der betroffenen Individuen ist der erschreckende sprachliche Ausdruck des behördlich organisierten «Zermürbungs-Regimes». Dieses System ist nicht nur unmenschlich, sondern auch gescheitert: Die Leute sind nach wie vor hier und brauchen unsere Solidarität. Für Solidarité sans frontières kann es deshalb nur eine mögliche Alternative geben: die Aufhebung des Sozialhilfestopps.

DÄNEMARK: DAS ENDE DES HUMANITÄREN TRAUMS

## Members only!

*Dänemark ist zu einem VIP-Club geworden, dessen Mitgliedschaft nur schwer zu erringen ist.*

Seit ihrer Amtsübernahme 2001 ist die liberal-konservative Regierung auf das Wohlwollen der nationalistischen Dänischen Volkspartei angewiesen. Das hat zu ständigen Restriktionen im Ausländer- und Asylrecht geführt. Die erste radikale Änderung erfolgte bereits 2002 und betraf die Asylkriterien, die Sozialhilfe, den Familiennachzug, die humanitären Aufnahmen und den Zugang zu Niederlassungsbewilligungen sowie die Einbürgerung. Seitdem folgten vierzehn weitere Verschärfungen. Während temporäre Green Cards eingeführt und Studienaufenthalte erleichtert wurden, sind die Chancen auf ein Leben in Dänemark für Flüchtlinge und ärmere ImmigrantInnen massiv gesunken. 2005 wurden selbst die Kriterien für die Aufnahme von Kontingentflüchtlings geändert: Statt für die schwächsten entscheidet sich Dänemark heute für diejenigen, die am besten zu «integrieren» sind.

### Eingeschränkter Flüchtlingsbegriff, unfaires Verfahren

Seit 2002 gewährt Dänemark nur noch Asyl, wenn ein Flüchtling eine konkrete individuelle Verfolgung nachweisen kann. Es reicht nicht mehr, aus einem Land zu kommen, das sich im Kriegszustand befindet, und zu einer verfolgten Minderheit zu gehören. Es spielt auch keine Rolle, ob Verwandte von Soldaten vergewaltigt oder das Haus der Familie niedergebrannt wurde. Flüchtlinge müssen eine persönliche Vorgeschichte als AktivistInnen einer Oppositionsgruppe oder als Angehörige einer religiösen Minderheit vorweisen.

Vier Institutionen sind am Asylverfahren beteiligt: Da ist zunächst die Polizei, die die Identität der Person feststellt und anhand der Reiseroute prüft, ob Dänemark nach der Dublin-Verordnung für das Verfahren zuständig ist. Wenn ja, müssen Asylsuchende ein Formular zu ihren Fluchtgründen ausfüllen und werden zu einer Anhörung geladen. Beweise und Informationen zu ihrem Fall müssen sie erbringen.

Der dem Einwanderungsministerium unterstehende Einwanderungsdienst entscheidet in der ersten Instanz. Rund ein Viertel aller Fälle endet hier als «offensichtlich unbegründet». Alle anderen negativen Entscheide werden automatisch der Flücht-

lingsrekurskommission vorgelegt. Ihr gehören ein RichterIn, ein von der Anwaltsvereingung benannte AnwältIn sowie eine BeamtIn des Ministeriums an. Asylsuchende können sich durch einen Anwalt ihrer Wahl vertreten lassen. Etwa ein Drittel der Entscheide des Dienstes werden von der Kommission korrigiert. Eine weitere Rekursmöglichkeit gibt es nicht. Für die gegebenenfalls zwangsweise Ausschaffung der Abgewiesenen ist nun erneut die Polizei zuständig. Allerdings scheitert sie in einigen Fällen daran, dass das Herkunftsland die Rückübernahme nicht akzeptiert. Um der Ausschaffung zu entgehen, verlässt ein Teil der Abgewiesenen das Lager und lebt «im Untergrund». Asylverfahren dauern durchschnittlich 500 Tage, einige Asylsuchende bleiben jedoch bis zu vierzehn Jahren in dieser Situation, weil sie nicht zurückgeschafft werden können oder die Polizei ihre Identität nicht klären kann.

Das Rote Kreuz schliesslich führt die Lager, in denen die Asylsuchenden untergebracht sind. Sie sind zwar offen, befinden sich aber in entlegenen Regionen – weitab vom gesellschaftlichen Leben. Die Kosten trägt der Einwanderungsdienst. Ärztliche Behandlungen werden nur gezahlt, wenn sie dringend notwendig sind. Asylsuchende erhalten eine kleine finanzielle Unterstützung, arbeiten dürfen sie nicht. Sie haben auch kein Recht auf irgendeine Bildung. Viele leiden unter der Angst und unter dem isolierten, passiven Leben in den Lagern.

### Perspektiven ?

Sowohl dänische als auch europäische und internationale Organisationen – von Amnesty International bis hin zum UN-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung – beschuldigen Dänemark seit 2002, seinen internationalen Verpflichtungen nicht nachzukommen. Sie kritisieren den eingeschränkten Verfolgungsbegriff, die Konstruktion der Rekurskommission und die Unmöglichkeit, ihre Entscheide anzufechten, sowie die Diskriminierung und Marginalisierung der Asylsuchenden und ImmigrantInnen.

In den ersten Jahren nach der Revision des Ausländergesetzes sanken die Zahl der Asylsuchenden und die Anerkennungsquote rapide. 2005 erhielten nur 17 Prozent der 2'000

neu Angekommenen Asyl. Dank der verstärkten Aufmerksamkeit der Medien hat sich mittlerweile die Situation in den Lagern etwas verbessert. Auch die Zahl der Gesuche und Anerkennungen ist wieder gestiegen. Von den 4000 Gesuchen 2010 führten 39 Prozent zu einem positiven erstinstanzlichen Entscheid. Im Vergleich zu den Nachbarländern ist die Zahl der Asylsuchenden aber immer noch sehr niedrig. Zudem werden Jahr für Jahr die Bedingungen für die ImmigrantInnen mit normalen Aufenthaltsbewilligungen verschlechtert. ❁

Komitee für die Flüchtlinge im Untergrund

von links unten (19)

## Das Komitee für Flüchtlinge im Untergrund

Das «Komitee für die Flüchtlinge im Untergrund» ist eine finanziell und politisch unabhängige humanitäre Organisation.

Flüchtlinge sind in Dänemark zunehmend mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit konfrontiert. Immer wieder tauchen Asylsuchende unter, aus Angst vor der Ausschaffung oder – in den letzten Jahren vermehrt – weil sie mit ihren Familien zusammenleben wollen, die neuen Bedingungen für den Familiennachzug aber nicht erfüllen können. Unser Ziel ist es, diese Menschen wieder ans gesellschaftliche Tageslicht zu holen.

Über die Jahre hinweg rekurrierten zeitweise untergetauchte Flüchtlinge erfolgreich gegen negative Entscheide, weil wir mehr Informationen zu ihrem Fall oder ärztliche Zeugnisse beschaffen konnten. Die gesetzlichen und praktischen Verschärfungen limitieren jedoch unseren Spielraum.

Neu ankommende Flüchtlinge brauchen Informationen über den Ablauf des Asylverfahrens und Fallberatung. Das Komitee bietet wöchentlich solche Beratungen in Kopenhagen an und besucht auch regelmässig die Lager. Zudem helfen wir Untergetauchten bei gesundheitlichen Problemen durch den Kontakt zu einem zuverlässigen Arzt. Und natürlich mischen wir uns zusammen mit anderen Organisationen in die asylpolitische Debatte ein.

[kontakt@flygtningeunderjorden.dk](mailto:kontakt@flygtningeunderjorden.dk)  
[www.flygtningeunderjorden.dk](http://www.flygtningeunderjorden.dk)

# Ein notwendiges Gegengewicht

*Die Ausschaffungsinitiative wurde zwar angenommen. Doch was ist nicht alles passiert, um dies zu verhindern? Ein Querschnitt durch die Vielfalt der 2xNein-Kampagne.*

Abstimmungskampagnen werden in der Schweiz meistens von politischen Parteien geführt. Im gewohnt grossen Stil war die SVP für ihre Ausschaffungsinitiative aufgeföhrt: mit viel Geld, einem effektiven, weil einheitlich aufmarschierenden Kampagnentross sowie den bekannten rechtspopulistischen Argumentationsmustern. Gepaart mit dem bizarren und gefährlichen Inhalt ihrer Initiative ergab dies etwas, was die Schweiz seit einigen Jahren kennen sollte: eine fremdenfeindliche Abstimmungskampagne und ein drohendes Abstimmungsdebakel. Diese Ausgangslage schrie geradezu nach einem konsequenten Gegengewicht.

## Abgestrafte Mutlosigkeit

Was aber taten die anderen im Parlament vertretenen Parteien? FDP, CVP und BDP warben für den Gegenvorschlag – genauer gesagt: Sie versteckten sich hinter ihm. Denn ausser über ihr bundesrätliches Aushängeschild und den «Migrationsexperten» der FDP, den «Mr. 18 Prozent» Philipp Müller, war ihre Kampagne kaum öffentlich wahrnehmbar. Die SP liess sich mit ihrer Positionierung lange Zeit. Sie entschied sich am Parteitag Ende Oktober zwar für ein doppeltes Nein, sorgte aber auch danach mit abweichenden Stellungnahmen führender RepräsentantInnen für reichlich Verwirrung. Lediglich die Grünen engagierten sich von Beginn an konsequent gegen Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag.

Sachpolitische Konsequenz sähe grundsätzlich anders aus als das, was die grossen etablierten Parteien geboten haben. Das Resultat kennen wir: Taktiererei und Appeasement-Politik gegenüber der SVP misslangen gründlich. Die Mehrheit schickte den halb-garen Gegenvorschlag bachab und entschied sich mehrheitlich für das reaktionäre Original.

Trotz der Annahme der SVP-Initiative zeigte der 28. November 2010 eine Reihe von Lichtblicken insbesondere für die 2xNein-Stimmenden. Die SVP siegte beileibe nicht überall. Die Romandie erwies sich als gewohnt resistent. Ebenso die urbane Schweiz.



**Solidarité sans frontières**

**DOSSIER 1 – 2011  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**MÄRZ 2011**

**VIELFÄLTIGE 2XNEIN-KAMPAGNE**



**Alternative Abstimmungslokale in Zürich.**

Über 50 Organisationen, Parteien und Gewerkschaften engagierten sich im überparteilichen Komitee 2xNein. Das Gegengewicht zur immer wiederkehrenden Verschärfungspolitik manifestierte sich vor allem in der politisch engagierten Zivilgesellschaft.

## Die Zivilgesellschaft als politischer Player

Gewiss, der Einfluss der monetären Hoheit der SVP auf unsere direkte Demokratie hat ein besorgniserregendes Ausmass erreicht. Ivan S. als omnipräsente Begleiterscheinung im Pendleralltag hatte die Macht einer visuell-politischen Dampfwalze. Transparenz in Bezug auf die Parteifinzen und ein Ausgleich bei Abstimmungskämpfen, etwa durch einen kostenlosen Plakatausgang, wären schon allein deswegen erstrebenswert. Die finanzielle Unterlegenheit zu beweinen, bringt aktuell wenig. Zivilpolitisches Engagement ist die eindeutig bessere und verheissungsvollere Variante. Nicht nur der Umweltschutz «beginnt bei jedem Einzelnen» – mit Gesprächen im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz, mit Aufklebern und Leserbriefen. Zu welchen beeindruckenden Leistungen solches Engagement führen kann, war innerhalb der 2xNein-

Kampagne auf vielfältigste Weise sichtbar. Den 2xNein-Innovationspreis für politische Teilhabe erhält ein junger Aargauer, der sein offenes Wireless-Netzwerk kurzerhand in «2xNein am 28. November» umbenannte: Engagement beginnt im Kleinen. Wir widmen die nächsten vier Seiten deshalb einem Querschnitt durch den breiten Widerstand, welcher im Spätherbst 2010 rund um die 2xNein-Kampagne die Schweiz erfasste: von Lausanne bis Schaffhausen, vom Sans-Papiers bis zum Filmemacher. ❁

Moreno Casasola

**Dossier aus dem  
Bulletin 1 – 2011**

**Solidarité sans frontières  
Neuengasse 8  
3011 Bern  
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch  
Fon 031 311 07 70  
Fax 031 311 07 75**

**PC 30-13574-6**

SICHTBAR IN BERN

## Von Bändern und Schuhen

Man hat sie immer wieder gesehen, die gelben Bänder mit dem Schriftzug «Ausgeschafft». In Zeitungen und im Internet. Meistens um ein Paar Schuhe, um eine Barbiepuppe oder einen Migroswagen gewickelt. Gelbe Bänder und Schuhe – das Machwerk des Regionalkomitees 2xNein in Bern. Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag als ein und dasselbe Paar Schuhe waren die



Elias Summermatter und Kevin Müller

### OLAF auf dem Bundesplatz.

bildliche Metapher des Komitees. «Wenn ein Mensch ein Land unfreiwillig verlässt, bleibt in der Unordnung immer etwas zurück. Die Schuhe symbolisierten dieses Überbleibsel der aus dem Lande verbannten Menschen», sagt Markus Müller. Müller ist einer von über 30 Freiwilligen, die sich im Berner Lokalkomitee engagierten. Er hat kein politisches Amt und gehört keiner Organisation an. «Allein das persönliche Engagement zählt. Woher es kommt, ist irrelevant.» Ein klares Statement. Die Schuhe und Bänder begleiteten die Stadt Bern über sechs Wochen. Mal tauchten sie als Rauminstallation vor dem Uni-Hauptgebäude auf. Mal wurden sie wahllos in den Strassen Berns verstreut, um den verdutzten BetrachterInnen gleichzeitig eine Infobroschüre zu überreichen. Und am nationalen Aktionstag bildete zum Schluss

des zweistündigen Programms ein 2xNein-Schriftzug aus Schuhen ein überdimensionales politisches Kunstwerk auf dem Bundesplatz. Schuhe als Blickfang. Einfach. Aber effektiv. Am Abstimmungssonntag schliesslich hat die Stadt Bern die Initiative verworfen und den Gegenvorschlag mit 51 Prozent angenommen. Am Abend waren wieder Schuhe auf dem Bundesplatz.

DREI FILME ZIEHEN DURCH DIE SCHWEIZ

## Vor die Tür

Am Anfang stand die Empörung. Empörung über 57,5 Prozent Ja-Stimmen zur Anti-Minarett-Initiative. Diese Empörung fruchtete dann in einer anderen Art von Initiative, derjenigen des Vereins „Kunst+Politik“. K+P vereint zahlreiche Kulturschaffende, die genug hatten (und noch heute haben) von der Zerlegung der Gesellschaft in immer weitere Randgruppen und vom Ritzen der Menschenrechte. Ehrenamtlich und unter grossem Aufwand entstand unter der Regie von Micha Lewinsky ein wichtiger Beitrag zur 2xNein-Kampagne: Die Lancierung der Kurzfilme-Trilogie «Vor die Tür» im Internet stiess von Beginn weg auf enorme Beliebtheit und Resonanz. Die Verbreitung glich in den ersten Tagen einer Art Flächenbrand. Sie schaffte es selbst, dass der sonst so wortgewandte Oskar Freysinger auf dem falschen Fuss erwischt wurde. Im Fernsehen zur Trilogie befragt, brachte der SVP-Oberlehrer einige genüssliche Minuten lang nur hilfloses Zeug über den Bildschirm. Die Feder war vorübergehend mächtiger als das Schwert. Parallel zur Online-Verbreitung wurden die Filme auch in über dreißig Schweizer Kinos gezeigt – die Arbeit des «temporären Filmverleihs Sösf» und die Mitarbeit der Kinos machten es möglich. «Vor die Tür» hat gezeigt: Kunst kann in der Politik vieles bewirken, denn sie fördert die Diskussion auf lustvolle Weise. Humoristische Verfremdung erleichtert den Menschen den Zugang zu schwermütigen Themen, ohne dieselben leichtfertig zu behandeln. Ein Versprechen für die Zukunft.

WIDERSTAND IN LAUSANNE

## Das Réfuge und die Pirouetten

21. September 2010, Brasserie Le Cygne, Lausanne. Das Kollektiv des «Mouvement de lutte contre le racisme» (MCLR) trifft sich, um die Vorgehensweise im Kampf gegen die Ausschaffungsinitiative zu besprechen. Sieben Leute sind anwesend, die meisten davon Studierende. Eine kleine Gruppe, aber eine mit viel Herz, Tatendrang und Sachkennt-

nis. Podien werden geboren, Standaktionen geplant, eine Demonstration im Rahmen des nationalen Aktionstags in die Wege geleitet. Die Entscheidungen sind schnell, unkompliziert. 11. Oktober, Lausanne. Das Kollektiv «Droit de rester» okkupiert die Eglise de la Sallaz und errichtet ein Réfuge für Sans-Papiers, NEE und abgewiesene Asylsuchende, um deren Ausschaffungen zu verhindern. Es wird einige Zeit bestehen. «Ausschaffungen sind bereits eine Realität. Was die Initiative der SVP und der Gegenvorschlag fordern, weitet lediglich diese unsägliche Praxis aus», meint Graziella de Coulon vom Réfuge. Sie beteiligt sich auch am Abstimmungskampf, zusammen mit dem MCLR organisiert sie ein Podium. Das eine geht mit dem anderen überein. Die akute Not der Betroffenen und der Abstimmungskampf verschmelzen in Lausanne dieser Tage am merklichsten. Mit dem zermürbenden Kampf um individuelle Existenzen geht der Widerstand gegen die politische Verschärfung einher. 6. November: An der Demo in Lausanne nehmen 500 Leute teil. Und Stéphane Lambiel, der zweifache Eiskunstlauf-Weltmeister, zieht an der Zugfront für einmal politische Pirouetten. Wenige Leute, grosses Engagement, grosser Effekt. Die Waadt stimmt am 28. November 2xNein. Danke Lausanne!

NEIN | NEIN

## Zeig dein Gesicht

Zwischen Tatendrang und anhaltendem Unmut über den Ausgang der vergangenen Minarettinitiative formierte sich unsere Gruppe Ende Oktober 2010 inmitten von Pizzakartons, Bierflaschen, Computern und einem Haufen Papier. Die anstehende Ausschaffungsinitiative hatte bei uns, einem Kollektiv sechs langjähriger Freunde, welche sich mittlerweile beruflich im Kultur- und Mediensektor tummeln, die Initialzündung ausgelöst. Wir wollten selber einen Beitrag gegen Initiative und Gegenvorschlag leisten. Die Vorgehensweise war schnell gefunden, wollten wir doch bei unseren Freunden und Bekannten eine Sensibilisierung bewirken, aufzeigen dass auch Menschen aus unserem direkten Umfeld sich mit persönlichen Statements gegen die Initiative wehren oder sogar direkt davon betroffen sind. Da wir für unsere Aktion nur eine kurze Zeitspanne (fünf Wochen) hatten, schien uns der Weg via Facebook sehr sinnvoll. Wir hatten das Glück, eine professionelle Grafikerin sowie im organisatorischen und journalistischen Sektor erfahrene Profis im Team zu haben. Die Aktion «Zeig dein Gesicht» startete mit einem Webflyer, bestehend aus einem Foto und einem Statement, welcher per Mail zu-

gestellt und auf unserer Facebookseite veröffentlicht und beliebig weiter verbreitet werden konnte. Wir erwarteten, dass sich die Aktion wenigstens ein wenig über unseren Bekanntenkreis hinaus verbreiten würde. Womit wir allerdings nicht gerechnet hatten: Knapp zwei Wochen nach dem Start waren bereits etwa 300 persönliche Flyers im Umlauf und über 2500 Personen Fans unserer Seite. Hunderte Mails erreichten uns, gänzlich unbekannte Personen aus allen Landesteilen begannen bei der Aktion engagiert mitzuhelfen. Plötzlich war aus der bescheidenen Idee ein kollaboratives Netzwerk, eine überparteiliche «IG 2xNein» entstanden. Und zwar mit einem Budget von null Franken. Die wichtigsten Faktoren für diesen Erfolg lagen rückblickend wohl in unserer Parteiunabhängigkeit und einem unideologischen, emotionalen und professionellen Auftritt. Grosse Presseberichte und Inserate folgten, gar Prominente wie Stress unterstützten öffentlich die Aktion. Die Seite besteht bis zum heutigen Tage und so lautet denn das Motto seit dem 29. November 2010 auch weiterhin «Keep the Face»- Wahre dein Gesicht gegen Rassismus und Ausgrenzung.

MARKIEREN, SAMMELN, AUSSCHAFFEN

## OLAF

*Alois, in zwei Monaten ist Abstimmung - erzählen Sie uns doch rasch in Schlagworten Ihr politisches Programm?*

«Ihr unverschämtes Duzen ist symptomatisch für den desolaten Zustand der Linken. Ein respektvoller Umgang mit Fremden bedeutet nicht, dass man sich ihnen gleich an den Hals wirft. Fremde Menschen respektieren bedeutet, dass man die natürliche Distanz wahrt und respektiert, dass sie anders sind – d.h. dass sie ihre eigenen kulturellen Gepflogenheiten und Denkweisen haben, die mit den unseren nicht kompatibel sind. Darum sind sie ja fremd. Und darum gehören sie nicht hierher – sondern dorthin, wo sie herkommen. Es geht uns also um das Wohl der Ausländer, wenn wir diejenigen Menschen, die sich in unser Land verirrt, in ihre Herkunftsländer zurückbegleiten. Gleichzeitig hat das den angenehmen Nebeneffekt, dass wir das Problem der Ausländerkriminalität bei den Wurzeln packen – denn krimineller Ausländer kann man ja nur werden, wenn man Ausländer ist. Deshalb hat OLAF ein spezielles Integrationsprogramm für Ausländer entwickelt, das auf den Abbau der interkulturellen Spannungen zwischen Fremden und Einheimischen abzielt. Es beruht auf der Einsicht, dass Integration nur dort möglich ist, wo der Wille zur

Integration von allen Beteiligten vorhanden ist. Dies ist in der Schweiz bekanntlich nicht der Fall. Deshalb bemüht sich OLAF, die Ausländer dort zu integrieren, wo sie auch wirklich integriert werden können: nämlich im Ausland. Unser Engagement steht damit in der humanitären Tradition der Schweiz und ist fest verwurzelt in den christlichen Grundwerten (vgl. Tempelreinigung durch Jesu; Mat. 21,12ff, Mar. 11,15ff, Luk 19,45ff, Joh. 2,13–16).»

[www.olaf-schweiz.ch](http://www.olaf-schweiz.ch)

ZÜRCHER DIENSTLEISTUNG

## «Mit AusländerInnen stimmen»

Die Aktion «Mit AusländerInnen stimmen» wurde in Zürich durch das Engagement engagierter Sans-Papiers, KünstlerInnen und AktivistInnen (Kollektiv Bleiberecht Zürich, Autonome Schule Zürich, Kunst+Politik) geboren. Die Aktion im öffentlichen Raum fand in Form einer «Dienstleistung» statt: AusländerInnen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus sollten SchweizerInnen beim Abstimmen beraten. Die multikausale Problematik der Ausschaffungsinitiative und des Gegenvorschlags sollten ausführlich vermittelt werden. Der erste Aktionstag fand am 13. November 2010 auf dem Hirschenplatz in Zürich statt. An drei eigens für die Aktion hergestellten Abstimmungsurnen wurden rund 150 Beratungsgespräche durchgeführt. Die damalige Informationslage zur Abstimmung reflektierend wurden die Beratungen mehrheitlich mit Personen geführt, welche die Ausschaffungsinitiative von sich aus ablehnten und sich entsprechend näher für die Argumente gegen den Gegenvorschlag interessierten. Unerwartet war dabei das fehlende Bewusstsein der PassantInnen hinsichtlich der gravierenden Konsequenzen dieser Abstimmung. Einige sprachen sich sogar vehement für eine härtere Bestrafung auch kleinerer Delikte von AusländerInnen aus. Am zweiten Aktionstag am 17. November 2011 waren zwar weniger Besucher, dafür liessen sich die ca. 100 Gespräche mit PassantInnen ausführlicher führen. An den anschliessenden Konzertabenden konnte nicht zuletzt auch ein politisch wenig aktiveres Publikum mobilisiert werden. Resultat: 2:0 für Zürich.

AL SCHAFFHAUSEN

## und der Streichelzoo der anderen Art

In Schaffhausen kämpfte die Alternative Liste auf parteipolitischer Ebene alleine für ein doppeltes Nein zur Ausschaffungsiniti-



Christoph Stettler  
Regiokomitee Bern: 2xNEIN am Bahnhof.

ative und den Gegenvorschlag. Sie tat dies jedoch umso beherzter. Am 6. November 2010 konfrontierte sie PassantInnen in der Schaffhauser Altstadt mit einer originellen Platzaktion: Zwei schwarze Schafe warteten in einem grossen Käfig auf ihre Ausschaffung. Das Füttern der Tiere war den zahlreichen Schaulustigen untersagt. AL-AktivistInnen verteilten gleichzeitig Flugblätter und versuchten, mit den PassantInnen ins Gespräch zu kommen. Die Reaktionen waren grösstenteils positiv, auch wenn die Rückmeldungen zwischendurch sehr heftig ausfielen. In zwei Fällen wurden AL-AktivistInnen sogar tätlich angegriffen. Rund zwei Wochen später verteilten AusschaffungsgegnerInnen in der Schaffhauser Altstadt Schuhe, welche mit einem Kleber mit der Aufschrift «Ausgeschafft» versehen waren. Die Schuhe waren zum Teil noch Tage nach der Aktion zu sehen. Die AL Schaffhausen mobilisierte zudem mit einer eigenen Inseratekampagne in der lokalen Presse gegen die beiden Abstimmungsvorlagen. Daneben nahm sie an zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen teil.

2XNEIN AM VIERWALDSTÄTTERSEE

## Gleiches Recht für alle

Valentina Smajli ist Mitglied der SP-Geschäftsleitung und war durch ihr persönliches Engagement massgeblich daran beteiligt, dass das 2xNein auch im Kanton Luzern Gehör fand.

**Valentina, die Tatsache dass die Stadt Luzern zweimal Nein zu den Ausschaffungsvorlagen gesagt hat, war doch eine schöne Überraschung. Kannst du uns deine Einschätzung geben wie es, gerade auch gegen den Widerstand der lokalen Medien, dazu gekommen ist?**

Es hat mich gefreut, dass die Stadt Luzern beide Vorlagen (die Ausschaffungsinitiative mit 57.05 und den Gegenvorschlag mit 51.36 Prozent) verworfen hat. Das war das Verdienst jedes und jeder Engagierten, der/die zur Sensibilisierungs- und Aufklärungskam-

»  
Kampagne beigetragen hat. Verschiedene Parteien und Organisationen im Kanton Luzern haben ein Komitee gegen die Ausschaffungsinitiative und den Gegenvorschlag gegründet. Das Ziel war stets, ein starkes politisches Zeichen zu setzen. Es erschien uns wichtig und richtig, der Luzerner Bevölkerung aufzuzeigen, dass beide Vorlagen die Illusion schürten, dass bei einer Ausweisung die Zahl der Kriminellen abnehmen würde und so etwas Positives geschaffen würde.

### Woher kam die persönliche Motivation für Dein starkes Engagement für das 2xNein ?

Während des Abstimmungskampfes ging es mir um etwas Grundsätzliches – um die Rechtsgleichheit, dass alle Täter und Täterinnen gleich bestraft werden und dies unabhängig von ihrer Herkunft. Denn Rechtsstaatlichkeitsvorlagen dürfen nicht nur für Einheimische als Privileg gelten. Es ist doch eine Frage des Zusammenlebens wie man mit Opfern und TäterInnen umgeht. Eine zivilisierte Gesellschaft wie die Schweiz sucht nach Lösungsansätzen mittels Prävention und Reintegration. Vielleicht konnte ich mit meinem zivilgesellschaftlichen Engagement ein Stück zur Sensibilisierung beitragen. Angesichts der Tatsache, dass das Jahr 2011 das europäische Jahr der Freiwilligenarbeit ist, wünsche ich mir, dass nebst der Solidarität für einander auch zivilgesellschaftliches Engagement mit dem Leitsatz « universelle Menschenrechte sollten für alle verbindlich sein » mit einbezogen werden.

BERNER REITSCHUL-«DRUCKI»

## Mit Gandhi und Chomsky

Politisches Engagement hat Tradition in der Reitschule Bern. Hier werden quasi im Wochentakt neue Ausgeburten des Widerstandes gegen die konservative Stossrichtung schweizerischer Politik geboren. Aus Eigeninitiative, aber auch weil es schlicht nötig war, haben Personen rund um das Druckerei-Kollektiv kurzerhand eigene Plakate und Kleber zum 2xNein produziert, welche mit glänzendem Scharfsinn brillierten. Da prangte etwa ein Gandhi auf einem Kleber und bemerkt prophetisch: « Demokratie ist kein Zustand, in dem sich Menschen wie Schafe benehmen. » Leider könnte man es gelegentlich meinen. Die Messages auf den Klebern waren grundsätzlicher Art und beschränkten sich nicht auf die reine Abstimmungsthematik. « Je mehr Angst vor Drogen und Kriminalität, Sozialhilfemüttern, AusländerInnen und Fremden du verbreiten kannst, desto mehr kannst du die Menschen kontrollieren. » Das weiss nicht nur Noam Chomsky. Und



Ausschaffungen: Etwas bleibt immer zurück...

die Asylsuchenden auf dem Vorplatz erleben es tagtäglich. Auf einem Plakat an der Wand steht stellvertretend, was Sami Okocha fühlt: « Ich habe es satt, als Zweitklassbürger behandelt zu werden. » Bei den jungen Afrikanern scheint ihr Traum weder zu Hause noch im europäischen Exil in Erfüllung zu gehen, viele müssen sich ihr tägliches Brot mit dem Verkauf von Drogen verdienen. In diesem Klima der Ausgrenzung bezieht die Reitschule Position. Die Plakate hingen in den Lokalen grossflächig und die Transparente grüssten vom Dach die pendelnde Masse.

WOZ UND COURRIER

## Die Bewegungsmelder

Für einen grossen Teil der schweizerischen Medien gab es bei der Abstimmung am 28. November nur zwei Alternativen: die Initiative der SVP oder den Gegenvorschlag der Parlamentsmehrheit. Das doppelte Nein schien nicht zu existieren. Die «WOZ» und der «Courier» stachen aus diesem allgemeinen medialen Brei wie zwei Leuchttürme hervor. Schon früh machten beide Zeitungen klar, dass es hier um «Original und Kopie» ging (Simon Petit in Courier). Sie fragten: « Wieso spricht niemand von Scheinabstimmung » (Dinu Gautier in der WOZ). Sie wehrten sich dagegen, dass die Doppelbestrafung «in den Marmor der Verfassung graviert» wurde (Jean Michel Dolivo im Courier). Sie demaskierten den fremdenfeindlichen Hintergrund des Geredes von der «Ausländerkriminalität». Sie legten den repressiven Charakter der Integrationsdebatte offen (Kaspar Surber in

der WOZ). Sie bestanden darauf, dass es bei den Grundrechten keinen Platz für «Apeasement» hat. Und schliesslich zeigten sie die Vielfalt der 2xNein-Kampagne. ❀

Wir danken folgenden AutorInnen für die  
Mitwirkung an diesem Dossier:  
Valentina Smajli, Paolo Domeniconi, Tim  
Zulauf, Andreas Heusser, Markus Müller,  
Graziella de Coulon, Adrian Kunz, Sami  
Okocha

MAUERBAU, RÜCKSCHAFFUNGEN,  
DUBLIN-URTEIL

### Nachrichten aus Griechenland

Die katastrophale Situation der Flüchtlinge und MigrantInnen in Griechenland macht weiterhin Schlagzeilen. Im November 2010 begann die von der EU-Grenzschutzagentur Frontex koordinierte Unterstützung durch «Soforteinsatzteams» (Rabits), die die «illegale Einwanderung» über die griechisch-türkische Landgrenze stoppen sollte. Dieser erste Rabit-Einsatz überhaupt, an dem 175 Grenzschützer aus Schengen-Staaten teilnehmen und der mindestens bis zum 3. März dauern soll, habe den «Zustrom» um mehr als 40 Prozent reduziert, hiess es Mitte Januar. Gleichzeitig kündigten die griechischen Behörden den Bau eines 12,6 Kilometer langen und bis zu zehn Meter hohen High-Tech-Zauns an. Er soll jene Teile der Grenze abriegeln, an denen der Evros-Fluss nicht ohnehin schon eine natürliche Barriere bildet. Für die schon im Land befindlichen Flüchtlinge sollen neue Lager – teils in ehemaligen Militärkasernen, teils auf Schiffen – entstehen.

Nachdem die Schengen/Dublin-Staaten sich bisher weitgehend unbeeindruckt von der Lage der Asylsuchenden in dem Land zeigten, entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 21. Januar, dass die Überstellung eines afghanischen Flüchtlings aus Belgien nach Griechenland das Verbot der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung sowie das Recht auf Beschwerde (Art. 3 und 13 EMRK) verletzt habe. Der Mann war zunächst in einem völlig überfüllten Zeltlager untergebracht und schlug sich danach auf der Strasse durch. Während Österreich weiterhin keinen Grund zur Änderung seiner Praxis sieht, haben einige Dublin-Staaten – darunter die BRD, Finnland und am 26. Januar auch die Schweiz – die Rückschaffungen nach Griechenland vorerst (fast) eingestellt. Bei der Revision der Dublin-Verordnung will die EU einen «Krisenmechanismus» schaffen, um Länder, die wie Griechenland von einem «massiven Zustrom» von Flüchtlingen überfordert seien, zu entlasten. Am 27. Januar begannen 300 MigrantInnen in Athen einen Hungerstreik, um auf ihre miserable Lage aufmerksam zu machen. Am 28. Januar verkündete EU-Kommissarin Cecilia Malmstroem den «erfolgreichen Abschluss» der Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen mit der Türkei. Der Vertrag, den das EU-Parlament genehmigen muss, würde die Gefahr einer illegalen Ausschaffung von Flüchtlingen aus Griechenland

weiter erhöhen. Die deutsche Flüchtlingsorganisation «proasyl» warnt vor Kettenabschiebungen über die Türkei in den Iran oder nach Afghanistan.

**Mehr infos zum Hungerstreik:**

[www.w2eu.net](http://www.w2eu.net)

**Entscheidung EGMR:**

[www.snurl.com/sosf110102](http://www.snurl.com/sosf110102)

«ZUSAMMENARBEIT FUNKTIONIERT GUT»

### Dublin-Statistik 2010

Das BFM hält das Dublin-System für einen vollen Erfolg: «Gestützt auf das Abkommen konnte die Schweiz bisher deutlich mehr Personen in andere Dublin-Staaten überstellen als sie selbst übernehmen musste», heisst es im Kommentar zur Asylstatistik für 2010. 1.327 Gesuche um Übernahme hat die Schweiz im Jahre 2010 aus anderen Dublin-Staaten erhalten, in 797 Fällen hat sie zugestimmt. Dagegen hat das BFM selbst 5.994 Gesuche an andere Dublin-Staaten gestellt, 5.095 seien bewilligt worden, 2.722 Asylsuchende wurden bereits ausgeschafft. Fast die Hälfte der Übernahmegesuche richtete die Schweiz an Italien, 483 gingen an Österreich und 430 an Griechenland.

20.690 Asylgesuche wurden im vergangenen Jahr erstinstanzlich erledigt, davon endeten 9.466 in Nichteintretensentscheiden. Davon wiederum waren 6.393 auf die Dublin-Regelung gestützt. Anders ausgedrückt: Durch die Zusammenarbeit mit der EU schafft sich die Schweiz rund ein Drittel der jährlichen Asylgesuche vom Hals.

[www.snurl.com/sosf110101](http://www.snurl.com/sosf110101), S. 58 ff

GUANTÁNAMO-HÄFTLINGE RETTEN DIE UBS

### Ein schweizerischer Deal

Spätestens seit Wikileaks US-Botschaftsdepeschen ans Tageslicht gezerrt hat, weiss auch die schweizerische Öffentlichkeit, dass die Aufnahme von im US-Lager auf Guantánamo gefangenen Uiguren in Helvetistan nicht das Ergebnis der viel beschworenen humanitären Tradition war. Aus einem Schreiben das die Berner Botschaft der USA am 1. Juli 2009 an das Aussenministerium in Washington sandte und das Wikileaks über die norwegische Zeitung «Aftenposten» veröffentlichte, geht hervor, dass es dem Bundesrat, konkret: der damaligen Wirtschaftsministerin Doris Leuthard, vor allem um den Schutz der UBS vor Strafverfolgung in den USA ging: «Die Ministerin bestätigte die Bereitschaft der Schweizer Regierung, die Übersiedlung mehrerer Guantánamo-Gefangener in die Schweiz zu akzeptieren.» Zusätzlich war man bereit, dem in Baden (AG) ansässigen Ingenieurbüro Colencos, die Geschäftstätigkeit im Iran, die im Zu-

sammenhang mit dem Atomprogramm des Landes stand, zu verbieten. «Die Ministerin machte klar, dass diese zwei Aktivitäten mit der Erzielung einer politischen Einigung im Falle des Schweizer Bankgiganten UBS verbunden sind.»

[www.snurl.com/sosf110109](http://www.snurl.com/sosf110109)

Migrationspapier der FDP

### Liberal ?

Auch die FDP will ihren Wahlkampf auf dem Rücken der ImmigrantInnen führen. «Einwanderung gezielt steuern zum Nutzen der Schweiz» ist der Titel eines Papiers für die Delegiertenversammlung am 12. Februar 2011, in dem die «Liberalen» mit den altbekannten Überfremdungsparolen hausieren. Die Vorschläge richten sich vor allem gegen die Einwanderung aus Drittstaaten. Propagiert werden die Beschränkung des Familiennachzugs, die Erteilung von Niederlassungsbewilligungen für anerkannte Flüchtlinge nach zehn statt wie bisher nach fünf Jahren und ein Rahmengesetz zur «Integration», das den Nicht-Integrierten die Wegweisung androht. Der Nationalrat nahm im Dezember eine entsprechende Motion an, die auf einem Vorstoss der FDP beruhte. Zu den beiden anderen Punkten hat der Aargauer Nationalrat Philipp Müller, auf dessen Mist das Papier gewachsen ist, parlamentarische Initiativen eingebracht, denen die Staatspolitische Kommission des Nationalrats am 4. Februar zustimmte. Aber auch gegen EU-BürgerInnen, die von der Personenfreizügigkeit profitieren, will die FDP Druck ausüben: Bewilligungen sollen nur noch für ein Jahr statt für fünf erteilt werden. Die Arbeitsämter sollen den Fremdenpolizeien jede länger als zwölf Monate dauernde Arbeitslosigkeit melden. Eine «Einwanderung in unsere Sozialwerke» soll verhindert werden.

[www.snurl.com/sosf110109](http://www.snurl.com/sosf110109)

AUSSCHAFFUNGEN NACH NIGERIA

### «Erfolgreich zurückgeführt»

Wie das BFM bereits im November ankündigte, wurden zum Jahresbeginn die Zwangsausschaffungen nach Nigeria, die nach dem Tod von Joseph Nduaku Chiakwa am 17. März 2010 auf dem Flughafen Zürich eingestellt worden waren, wieder aufgenommen. Mit einem durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex organisierten Flug wurden am 19. Januar «erstmalig drei Personen, die sich der Ausreise mittels Linienflug widersetzt hatten, erfolgreich zurückgeführt», meldete das BFM am 21. Januar. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Amt be-

## KURZ UND KLEIN



reits für 76 NiegerianerInnen Flüge gebucht – «21 freiwillig mit Rückkehrhilfe, 55 unfreiwillig mit Zuführung zum Flugzeug durch die Polizei».

Die Zwangsausschaffungen in andere Länder waren schon im Juli letzten Jahres wieder aufgenommen worden. Bis Ende 2010 gab es 22 Sonderflüge mit insgesamt 109 Personen.

### AUFRUF ZUR DENUNZIATION

## Sans-Papiers

Der «Tagesanzeiger» hatte den «Missstand» im Juni 2010 angeprangert. Jetzt habe sich dank Ex-Justizministerin Eveline Widmer Schlumpf in der Bundesverwaltung endlich etwas bewegt, jubelte Redakteur Iwan Städler in der gleichen Zeitung am 4. Januar. Der «Missstand» besteht laut dem journalistischen Scharfmacher darin, dass Sans-Papiers in die AHV-Kassen einzahlen und dann bei Kontrollen nach dem Schwarzarbeitsgesetz in der Regel nicht auffliegen. Solange die Beiträge entrichtet werden, dürfen die Sozialversicherungen den Fremdenpolizeien nur dann eine Meldung machen, wenn sich das Fehlen der Aufenthaltsbewilligung «sogleich» ergibt. Viele Sans-Papiers zahlen zwar in die AHV ein, werden aber nie einen Rappen daraus erhalten.

Gemäss einem im Dezember veröffentlichten Bericht des Bundesrats wird nun nicht nur ein regelmässiger Datenaustausch zwischen Sozialversicherungen und Fremdenpolizeien erwogen. Der Bundesrat «hat sich auch gefragt, ob und wie weit die Schulen in die Behandlung der Sans-Papiers einzubeziehen sind.» Er will «vertieft» prüfen, ob eine solche Denunziationspflicht der Schulen und der LehrerInnen «notwendig und zweckmässig» sei.

[www.snurl.com/sosf110111](http://www.snurl.com/sosf110111)

### BUNDESGERICHT ZUR NOTHILFE

## Kein Recht auf Familie

Nach einem Bundesgerichtsurteil vom 6. Januar 2011 muss der Kanton Waadt einer abgewiesenen Asylsuchenden keine Nothilfe zahlen. Die Frau hatte sich nach der Ablehnung ihres Asylgesuchs entschlossen, beim Vater ihrer Kinder – einem ebenfalls abgewiesenen Flüchtling – im Waadtland zu leben. Nach dem Urteil der 1. Sozialrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts lasse das Asylgesetz nach Abschluss des Verfahrens keinen Kantonswechsel zu und sehe damit auch keine Zusammenführung von Familien mehr vor. Es kämen nur noch Massnahmen im Zusammenhang mit der Ausreise in Frage.

Urteil 8C\_268/2010 v. 6.1.2011 ❁

## ANZEIGE

# WIDERSPRUCH

Beiträge zu  
sozialistischer Politik

# 59

## Integration und Menschenrechte

Migration, Islam, Leitkultur; Integrationsdiskurse, Citoyenneté, Interkultur, Härtefallpraxis, Grundrechte; Einbürgerung, Second@s, Gewerkschaften; Sarrazin-Debatte, Sozialstaat und Desintegration; Kopftuch- und Burkaverbot, Neo-Rassismus

U. K. Preuß, G. D'Amato, S. Prodolliet, A. Sancar, C. Dubacher, E. Mey, H. Gashi, E. Piñeiro, K. Scherschel, C. Butterwegge, E. Joris / K. Rieder, T. Schaffroth, F. O. Wolf, M. Bojadzijevoj et al.

### Diskussion

H. Busch: Ausschaffungsiniziative und Folgen  
J. Lang: Strategien gegen die Nationalkonservativen  
A. Rieger: Macht der Finanzwirtschaft  
H. Schatz: Bedingungsloses Grundeinkommen  
M. Wendt: Traditionssozialismus und Streitkultur  
H. Schäppi: Venezuela und Desinformationspolitik

224 Seiten, Fr. 25.- (Abonnement Fr. 40.-)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich  
Tel./Fax 044 273 03 02

[vertrieb@widerspruch.ch](mailto:vertrieb@widerspruch.ch) [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)

## IMPRESSUM

### Bulletin

**Solidarité sans frontières**  
erscheint viermal jährlich

### Auflage dieser Ausgabe:

**3300 deutsch / 700 französisch**

### Beglaubigte Auflage WEMF:

**3339 deutsch / 665 französisch**

### Gestaltung und Satz:

**Yan Rubin, Carouge**

**Druck und Versand: grafica e stampa,  
spescha und grünenfelder, llanz**

**Redaktion: Heiner Busch,**

**Moreno Casasola, Gisela Grimm**

**Übersetzungen: Olivier von Allmen,**

**Lektorat: Sosf**

### Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

**28. März 2011**

**Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe  
zu kürzen**

### Mitgliederbeitrag 2011 inkl. Abo:

**70.- Verdienende / Fr. 100.- Paare /**

**Fr. 30.- Nichtverdienende /**

**120.- Organisationen**

**Abo: Einzelpersonen 30.- /**

**Organisationen 50.-**

### Herausgeberin:

**Solidarité sans frontières**

**Neuengasse 8, 3011 Bern**

**(Zusammenschluss AKS/BODS)**

**Fon 031 311 07 70**

**Fax 031 311 07 75**

**sekretariat@sosf.ch**

**www.sosf.ch**

**PC-Konto 30-13574-6**

## Grenzregime

Der erste Sammelband des «Netzwerks kritische Migrations- und Grenzregime-Forschung» wird dem Anspruch dieses Zusammenschlusses von etwa 150 WissenschaftlerInnen und AktivistInnen vornehmlich aus dem deutschsprachigen Raum durchaus gerecht. Das «Kritnet» erhebt das Recht auf Migration und Flucht zur politischen wie erkenntnistheoretischen Leitlinie. Die 16 Beiträge beleuchten die Vorverlagerung der EU-Grenzen in die Pufferstaaten (Ukraine, Maghreb) und darüber hinaus (Mali), die Mechanismen und Apparate des Migrationsmanagements und der Grenzüberwachung (IOM, Frontex, Lagersystem). Sie fallen dabei nicht auf die Versuche herein, die MigrantInnen in die Opferrolle hineinzudrängen und kritisieren explizit den europaweiten Menschenhandelsdiskurs. Sowohl das Kritnet als auch den Verlag Assiation A, bei dem dieser Band erschienen ist, sollte man sich merken.

**Sabine Hess/Bernd Kasperek (Hg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa, Berlin/Hamburg (Assoziation A), 290 Seiten, Fr. 30,90, erhältlich im Buchhandel oder unter [www.snurl.com/sosf110108](http://www.snurl.com/sosf110108).**

Mehr zum Kritnet unter [www.borderregime.eu](http://www.borderregime.eu)

## Arbeitsmarktregime

«Lunapark21» befasst sich in ihrer neusten Ausgabe mit der «Festung Europa». Die «Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie» beleuchtet nicht nur das Grenz-, sondern auch das Arbeitsmarktregime, das die Ökonomien der starken Staaten der Union mit billigen Arbeitskräften aus dem Osten und dem Süden versorgt. Am 1. Mai 2011 fallen in Deutschland und Österreich die Beschränkungen der Freizügigkeit für Personen aus den zehn Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind. Eine linke Position müsse die «sozialen Verwerfungen» im Blick haben, die dieses Arbeitsmarktregime in den Herkunfts- und den Zielländern der Arbeitssuchenden erzeugt, und «gleichzeitig mit jenen Opfern solidarisch sein, die im Osten mobilisiert und im Westen mit Dumpinglöhnen konfrontiert werden.»

**Lunapark21 – Heft 12, Winter 2010, Berlin Dezember 2010, 72 Seiten (davon 20 Seiten «Spezial» zur Festung Europa), Preis des Einzelhefts: Euro 9.– inkl. Porto, online-Bestellung unter [www.lunapark21.net/service/abo-e.html](http://www.lunapark21.net/service/abo-e.html)**

## Cornelius Koch

«Dieses Buch über das Leben und Werk von Cornelius liegt mir sehr am Herzen», schreibt Dimitri in seinem Vorwort. Dem schliessen wir uns an. Claude Braun und Michael Rössler haben ein sehr persönliches Buch über den Arbeiter- und Flüchtlingskaplan Cornelius Koch geschrieben, der über Jahrzehnte hinweg die migrations- und asylpolitisch Bewegten inspiriert und im besten Sinne des Wortes zum Handeln genötigt hat. Sie zeigen nicht nur die politischen Stationen dieses Lebens – von der Freiplatzaktion über die verschiedensten Kirchenasyle und Referenden, das Wirken des Flüchtlingskaplans an der Tessiner Grenze bis hin zum Engagement für die Sans-Papiers. Sie bringen den LeserInnen auch die Person Cornelius Koch in Erinnerung.

**Claude Braun/Michael Rössler: Ein unbequemes Leben. Cornelius Koch, Flüchtlingskaplan, Bern (Zytglogge) 2011, 370 Seiten, Fr. 36.–**

## Das Medienbild des «Ausländer»

Juan Michel hat in seiner an der Universität von Sheffield präsentierten Dissertation minutiös untersucht, was, mit welcher Frequenz und wie «Le Matin» 2009/2010 über die «Ausländer» berichtet. Fazit: der Löwenanteil der Berichte kreist um die Themen Kriminalität, Gewalt, schlechtes Benehmen. Insbesondere die jugendlichen ImmigrantInnen erscheinen dabei als potenziell gefährlich. Michel zeigt damit den ideologischen Boden, auf dem die Zustimmung für die Initiativen der SVP gedeiht.

**Juan Michel: Reporting the Other. The Representation of Foreigners in a Swiss French-language Tabloid Newspaper, Genf 2010, 130 Seiten, Gratis Download unter [www.reportingtheother.blogspot.com](http://www.reportingtheother.blogspot.com)**

## Pragmatische Vorschläge

Mit einer Studie greift die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen in die verfahrenere Debatte um die Regularisierung von Sans-Papiers ein. Die drei Autorinnen, Mitarbeiterinnen des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien, zeigen, dass die individuelle Regularisierung als «Härtefall» immer schwieriger geworden ist. Sie plädieren deshalb für pragmatische Lösungen. Die Stärkung der Grundrechte von Sans-Papiers sei «möglicherweise» besser geeig-



Demo in Lausanne.

net zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft und letztlich der «illegalen Migration». Sie fordern daher den «Verzicht auf das unrealistische Ziel einer hundertprozentigen Durchsetzung ausländerrechtlicher Bestimmungen».

**Denise Efonyi-Mäder, Silvia Schönenberger, Ilka Steiner: Leben als Sans-Papiers in der Schweiz. Entwicklungen 2000-2010, Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen, Materialien zur Migrationspolitik, Bern 2010, 90 Seiten, download oder bestellen unter**

[www.snurl.com/sosf110103](http://www.snurl.com/sosf110103) ☘

## Von Null auf Hundert

**Lorenz Lüthi arbeitet seit Ende September auf dem Sosf-Sekretariat und absolviert ein Praktikum. Der junge Historiker unterstützte Sosf schwerpunktmässig in der 2xNein-Kampagne.**



**Wie kommt man zu einem Praktikum bei Solidarité sans frontières? Man kehrt aus den Ferien zurück und will einen Freund treffen, der aber nie Zeit hat, weil er Generalsekretär von Sosf ist und gerade mitten in der Kampagne gegen Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag steckt. Da bleibt nichts anderes als 2xNein zu sagen – und einmal ja, und schon steckt man mitten in der Arbeit. So begann das Praktikum von Lorenz Lüthi. Dass er sich in der Migrationspolitik engagiert, ist aber kein Zufall:**

Einerseits war ich selbst längere Zeit im Ausland und habe erfahren, was es bedeutet, wenn man Ausländer ist und wenn einen die anderen als Fremden wahrnehmen. Das schärft den Blick auf die Thematik enorm. Andererseits begann meine Politisierung hinsichtlich der MigrantInnenthematik mit der Unterstützung der Kirchenbesetzungen der Sans-Papiers im Jahre 2001. Und schliesslich unterrichtete ich seit fünf Jahren MigrantInnen im denk:mal, der autonomen Schule in Bern. Das macht enorm Spass, bringt aber auch Verständnis für andere Lebensrealitäten.

**Du hast Dein Geschichtsstudium abgeschlossen. Du hast aber auch das denk:mal mitbegründet – eine praktische Lösung für reale Probleme. Würdest du dich eher als einen «Menschen der Tat» bezeichnen?**

Marx hat geschrieben, dass die Philosophen die Welt nur unterschiedlich interpretiert hätten, es aber darauf ankommt, sie zu verändern. Theorie ohne Praxis halte ich nicht für wertlos, die Probleme aber sind manifest und verlangen danach, dass man handelt. Umgekehrt braucht praktische Arbeit zwingend die entsprechende theoretische Reflexion, sonst läuft man Gefahr, sein Handeln bloss opportunistisch nach

den Gegebenheiten zu richten.

**In den letzten drei Monaten hast du die 2xNEIN-Kampagne mitgeprägt und aus erster Hand mitbekommen. Die Ausschaffungsinitiative wurde angenommen. Warum?**

Es ist ein ganzes Bündel von Dingen, die schief laufen in diesem Land. Was sicherlich zu diesem Abstimmungsergebnis geführt hat, ist die diffuse Angst vor Überfremdung. Dazu kommt die absurde Vorstellung, dass sich durch ein Strafrecht, das Schweizer und Ausländer ungleich behandelt, irgendein reales Problem beheben liesse. Genau das schafft doch wieder neues Unrecht! Aber Symptombekämpfung zu lasten derer, die sich nicht wehren können, ist ja wirklich nichts Neues, sondern leider eine Konstante in der Menschheitsgeschichte. Nennen wir es Politik.

**Macht unsere Seite etwas falsch? Woran liegt es, dass wir, die mit den Betroffenen zusammen arbeiten, keine Lösungen für die vermeintlichen Probleme liefern können?**

Derzeit befinden wir uns eher in einer Abwehrschlacht. Mit sinnvollen Lösungen wie der Regularisierung von Sans-Papiers ernst genommen zu werden, ist in derzeitigen politischen Klima sehr schwer. Wir müssen uns die Diskurshoheit erkämpfen. Die Menschen müssen erkennen, dass nur Akte, die die Gesellschaft versöhnen und alle an ihr teilhaben lassen, uns wirklich weiterbringen.

**Und wie würde ein solcher Akt in deiner Praxis aussehen?**

Wir befinden uns in einer Demokratie, da sollten auch alle hier lebenden Menschen dieselben Rechte und Pflichten haben – das schliesst auch unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Weiter muss dringend die individuelle ökonomische Potenz ausgeglichen(er) werden. Die Schere gehört geschlossen, nicht weiter geöffnet. ❁

AN ALLE MITGLIEDER UND INTERESSIERTE

## Sosf Vollversammlung

Im Wahljahr 2011 betreibt nicht nur die SVP Stimmenfang auf dem Rücken von ImmigrantInnen und Flüchtlingen. Auch andere Parteien versuchen neuerdings mit «Ausländerthemen», insbesondere mit der Integration, zu punkten. Welche Strategien müssen wir anwenden, damit Migrationsthemen aus unserer Sicht in der politischen Debatte wahrgenommen werden? Welche Antworten haben wir auf den immer repressiveren Integrationsdiskurs? Das ist das Haupttraktandum der diesjährigen Vollversammlung von Sosf.

Datum: Freitag, 8. April 2011, 18.15 bis ca. 21 Uhr

Ort: Neuengasse 8, Sitzungszimmer im 3. Stock, 3011 Bern

Eine Voranmeldung unter [sekretariat@sosf.ch](mailto:sekretariat@sosf.ch) erleichtert uns die Planung des Imbisses.

## Bleiberechtscamp St. Gallen und SUFO

Das diesjährige Sozial- und Umweltforum SUFO findet am 14. Mai statt. Ebenfalls in St. Gallen wird es vom 11.-15. Mai 2011 zusätzlich ein «Bleiberecht-Camp» als Protest gegen das Nothilferegime geben. Wir rufen Menschen aus der ganzen Schweiz auf, für fünf Tage mit dem Zelt nach St.Gallen zu kommen.

Datum: 11.-15. Mai 2011

Ort: St. Gallen

Infos unter: <http://snurl.com/sosf110113>

## Sosf vor Ort

Das Nothilfe-Regime und die «neuen Sans-Papiers»

Nächste Anlässe

21.03. Centre Fries Fribourg, ab 19.30 Uhr

06.04. Kulturfabrik Lyss, ab 19.00 Uhr

Mehr Infos siehe: [www.nothilfe-kampagne.ch](http://www.nothilfe-kampagne.ch)

Im Rahmen «Sosf vor Ort» können ferner Veranstaltungen zu folgenden Themen gebucht werden:

- Festung Europa – Festung Schweiz.
- Sans-Papiers: Verdrängt und doch willkommen!
- Wie könnte eine alternative Migrationspolitik aussehen?
- Integration: Gleichstellung oder Anpassung?

Interessierte melden sich bei:

[sekretariat@sosf.ch](mailto:sekretariat@sosf.ch)

Tel. 031 311 07 70